

// Im Blickpunkt

Kaum hat die GmbH-Reform die letzte Hürde genommen, diskutierte die wirtschaftsrechtliche Abteilung des 67. Deutschen Juristentags, der vom 23.–26.9.2008 in Erfurt stattfand, das nächste große Reformprojekt: die Novellierung des Aktienrechts. Gegenstand der Diskussionen waren neben dem Dauerproblem der räuberischen Aktionäre die Differenzierung von börsennotierten und anderen Aktiengesellschaften, die Verkürzung des Instanzenzugs, die Reform des Freigabeverfahrens sowie eine punktuelle Lockerung der Satzungsstrenge für nicht börsennotierte Gesellschaften. *Bayer* wird sich in Heft 43 des „Betriebs-Berater“ auf „Der Ersten Seite“ in einer kritischen Stellungnahme mit den Empfehlungen des Deutschen Juristentags zur Reform des Aktienrechts auseinandersetzen.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Zum aktienrechtlichen Wettbewerbsverbot eines herrschenden Aktionärs**

Mit Beschluss vom 25.6.2008 – II ZR 133/07 – hat der BGH entschieden, dass der herrschende Aktionär gegenüber der abhängigen Gesellschaft jedenfalls dann keinem – von Minderheitsaktionären verfolgbaren – (ungeschriebenen) aktienrechtlichen Wettbewerbsverbot unterliegt, wenn die Wettbewerbssituation bereits vor Erwerb der Mehrheitsbeteiligung bestanden hat.

Volltext des Beschl.: // [BB-ONLINE](#) BBL2008-2189-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Bezugnahme auf Rechnungen im Mahnantrag

Der BGH entschied mit Urteil vom 10.7.2008 – IX ZR 160/07: Nimmt der Gläubiger in einem Mahnantrag auf Rechnungen Bezug, die dem Mahngegner weder zugegangen noch dem Mahnbescheid als Anlage beigelegt sind, so sind die angemahnten Ansprüche nicht hinreichend bezeichnet, soweit sich ihre Individualisierung nicht aus anderen Umständen ergibt.

Volltext des Urteils: // [BB-ONLINE](#) BBL2008-2189-2 unter www.betriebs-berater.de

OLG Stuttgart: Nichtiger Basisvertrag zwischen dem Betreiber eines Call Centers und dem Auftraggeber

Das OLG Stuttgart hat mit Beschluss vom 26.8.2008 – 6 W 55/08 – entschieden: Der Basisvertrag, mit dem sich der Betreiber eines Call Centers gegenüber einem Auftraggeber verpflichtet, bei Dritten ohne deren Einwilligung Telefonwerbung zu betreiben, ist nach § 134 BGB nichtig. Dem Betreiber des Call Centers stehen auch keine Ansprüche nach § 683 BGB oder § 812 BGB auf Aufwendungsersatz zu, namentlich im Hinblick darauf, dass er seine Telefonisten bezahlt hat.

Volltext des Beschl.: // [BB-ONLINE](#) BBL2008-2189-3 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**Kabinett beschließt Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts**

Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 24.9.2008 den Entwurf für ein Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts beschlossen. Das Gesetz soll spätestens im Mai 2009 in Kraft treten. Mit dem Gesetzentwurf werden die Rahmenbedingungen für den deutschen Pfandbrief weiter verbessert – ohne die damit verbundenen hohen Sicherheitsanforderungen zu lockern. Im Rahmen der Gesetzesnovelle sollen außerdem zukünftig Konsortialfinanzierungen erleichtert werden. Damit verbessern sich insbesondere die Möglichkeiten kleinerer Institute, Pfandbriefe zu emittieren. Das Artikelgesetz sieht auch Änderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) vor: Im KWG soll die Anlageverwaltung als neuer erlaubnispflichtiger Tatbestand eingefügt werden. Diese Änderung erfolgt als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.2.2008 – BVerwG 6 C 11.07 – im Fall Gamag (vgl. dazu auch *Fingerhut/Voß*, BB 2008, 1862). Hier wurde die Verwaltungspraxis der BaFin, bei der der Betrieb bestimmter Anlagemodelle als erlaubnispflichtiges Finanzkommissionsgeschäft eingestuft wurde – aus rechtssystematischen Gründen – als nicht vereinbar mit dem KWG eingestuft.

(BMF-Newsletter vom 24.9.2008)

Abbau der Verwaltungslasten für europäische Aktiengesellschaften

Die EU-Kommission will mit einem neuen Gesetzesvorschlag den Verwaltungsaufwand bei der Verschmelzung bzw. Spaltung europäischer Aktiengesellschaften weiter verringern. Der aktuelle Vorschlag zielt u. a. darauf ab, die Berichtspflichten der Gesellschaften bei Verschmelzungen und Spaltungen zu verringern, eine doppelte Berichterstattung zu vermeiden und den Gesellschaften die Möglichkeit zu bieten, bei der Veröffentli-

chung der Verschmelzungs- oder Spaltungspläne und der Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen an die Aktionäre auf das Internet und die elektronische Datenübermittlung zurückzugreifen. Das Ziel einer 25-prozentigen Verringerung des Verwaltungsaufwands für EU-Unternehmen bis Ende 2012 rückt damit näher.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 25.9.2008)

Neue Recyclingregeln für Altbatterien

Seit 26.9.2008 gelten neue EU-Vorschriften für die Sammlung und das Recycling von Altbatterien. Damit sind künftig die Hersteller für die Abfallentsorgung der von ihnen in Verkehr gebrachten Batterien verantwortlich. Die überarbeitete Altbatterie-Richtlinie sollte bis 26.9.2008 in allen 27 EU-Mitgliedstaaten in innerstaatliches Recht umgesetzt worden sein. Bisher haben lediglich sieben Mitgliedstaaten der EU-Kommission ihre nationalen Rechtsvorschriften mitgeteilt. Deutschland hat die neue Altbatterie-Richtlinie noch nicht umgesetzt.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 26.9.2008)

Verstärkter Kampf gegen Wirtschaftskriminalität

Im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität werden das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und die für justizielle Zusammenarbeit zuständige EU-Einrichtung Eurojust zukünftig stärker zusammenarbeiten. Beide Institutionen haben eine Vereinbarung über die weitere Verbesserung ihrer Absprache und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Wirtschaftsbruch geschlossen. Die Vereinbarung umfasst Vorkehrungen zur Zusammenarbeit zwischen OLAF und Eurojust bei der Bekämpfung von Betrug, Korruption und sonstigen widerrechtlichen Handlungen zu Lasten der finanziellen Interessen der Gemeinschaft. Die Vereinbarung regelt sowohl die Modalitäten der enger gestalteten und verstärkten Zusammenarbeit als auch den Datenaustausch.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 24.9.2008)